

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Geschäftsstellen Nr. 21296 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postgeschäftsamt Dresden Nr. 2486. — Stadtgeschäftsamt Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die
66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
fassung 90 Pf. Erhöhung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen u. Stellen-
suche. — Schluss der Annahme vor mittag 10 Uhr.

Seitweise Nebenblätter: Landtags-Auflage, Verlautbarungen von Holzplatten auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 26

Dresden, Sonnabend, 31. Januar

1925

Die Antwort des Reichskanzlers auf Herriots Auflage.

Berlin, 30. Januar.

In den Räumen der Presseabteilung der Reichsregierung fand heute abend ein Empfang der ausländischen Presse statt, deren Vertreter fast vollständig erstritten waren. Außer dem Reichskanzler Dr. Rathenau und dem Reichstagpräsidenten Löbe waren anwesend der Reichsminister des Außen Dr. Stresemann, Reichslandesminister Dr. Braun, Reichsjustizminister Dr. Brügelmann, Reichsminister des Innern Dr. Walzenbach, Reichsminister für Wirtschaft Dr. Schäfer, Reichsminister für Arbeit Dr. Schröder, Reichsminister für Finanzen Dr. Gustedt, Reichsminister für Landwirtschaft Dr. Klemm und Hagedorn, die Berliner Gesandten zahlreicher deutscher Länder, darunter der sächsische Gesandte Dr. Grabmayer, sowie eine große Anzahl höherer Reichsbeamter. Nach einer Begrüßungsansprache des Leiters der Presseabteilung der Reichsregierung Dr. Siep ergriff der Reichskanzler das Wort in folgender Rede:

Wenn man die außenpolitischen Geschehnisse und Probleme überblickt, die das erste Jahrhundert nach dem Abschluß des Weltkriegs erfüllt haben, so erscheint sie oft ein Wirral politischer und wirtschaftlicher Streitfragen, die die Völker Europas auch nach dem Friedensschluß immer noch am Rande eines Abgrundes festhielten. Als Beispiele dieser Jahre, das Werk zu lösen, schienen an der Frontlinie der Gegenseite aus den Kräften, die den Friedensschluß überlebt hatten.

Die Entwicklung hat begonnen, als aus dem Anhänger der Probleme eines der wichtigsten, die Reparationsfrage,

herausgekommen, auf aus diejenige Grundlage gestellt wurde, auf der allein eine endgültige Regelung existieren konnte, auf die Grundlage der Verständigung. Die nützliche Arbeit der Sozialdemokraten, die die Reparationsfrage auf ihren wirtschaftlichen Kern zurückführte, ermöglichte sie.

Londner Konferenz

und brachte so die Parteien um Verhandlungstisch zusammen. Die hier zum ersten Mal nach dem Weltkrieg angewandte Methode der Verhandlung auf gleichem Fuße führte schnell zu einem bedeutsamen Ergebnis.

Der Dawesplan wurde in Kraft gesetzt, und damit der Grundstein für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas gelegt.

Das war aber keineswegs das einzige Ergebnis der Londner Konferenz. Wir haben die Londoner Vereinbarungen niemals als ein Ereignis rein wirtschaftlicher und technischer Bedeutung angesehen. Wir haben vielmehr erwartet, daß mit der Konferenz:

eine neue Epoche

eingerichtet sei, eine Epoche, in der die großen internationales Probleme überhaupt nicht mehr durch einseitige Entscheidungen, sondern auf dem Wege des friedlichen Ausgleichs der Interessen gelöst werden würden; diese Erwartungen schien benötigt zu werden durch die zur Durchführung der Londoner Vereinbarungen eingesetzten Verhandlungen, die sich infolge des verständnisvollen Zusammenspiels beider Teile durchaus erfolgreich gehalten.

Man durfte hoffen, daß diese Entwicklung eine gute Aussicht auch für diejenigen politischen Probleme eröffne, die sonst noch der Lösungstanden.

In dieser Hoffnung ist Deutschland mit dem Beginn des neuen Jahres schwer enttäuscht worden.

Sie alle kennen den Verlauf und den Stand des ersten Konfliktes, der wegen der Nämung der nördlichen Rheinlandzone

entstanden ist. Die bisherige Behandlung dieses Konfliktes durch öffentlichen Notenwechsel, den die Alliierten einsetzten haben und den die Reichsregierung vorgebringen hat aufnehmen müssen, ruht in Deutschland natürlich wieder die Erinnerung an die bedenkliche und fruchtbare Methode der ersten Nachkriegs-

Jahre, auch jetzt angewandt hätten. Ich lädt sich nicht verhindern, daß in der im letzten Sommer angezeigten Entwicklung ein Abdruck eingetreten ist, der hohen und drückenden die begonnene Verhängung der Sanktionen wiederholte. Das ist nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der allgemeinen Weltpolitik ist dies zu bedauern.

Die Alliierten befürworteten Deutschland das Vertragsschriften und sieben daraus folgerungen von größter Tragweite. Ich muß immer und immer wieder darauf hinweisen, was es bedeutet,

wenn man einen Vertragstruktur behauptet,

wenn man damit Sanktionsmaßnahmen

deutet, wenn man es aber nicht einmal für notwendig hält, dem betroffenen Lande durch Subventionierung der Verhängung die Möglichkeit der Verteidigung wie auch die Möglichkeit der sachlichen Auseinandersetzung zu geben. Gegenüber einem Lande, mit dem die Alliierten vor wenigen Monaten wichtige Probleme am Verhandlungstisch gelöst haben, mit dem sie auch jetzt gewisse andere Fragen auf dem allgemeinen Wege sachlicher Verhandlung erörtern, nehmen die Alliierten in einer Frage von so vitalem politischen Bedeutung, wie es die Frage der Nämung der Kölner Zone ist, das Recht für sich in Anspruch, dieses Land gleichsam vom Richterliche aus wie einen Angeklagten zu behandeln und ihn sogar nach gefälltem Urteilsspruch noch in Untersuchung des einzelnen Anklage-

und Beweismaterial zu halten. Ich kann das nicht für eine Politik halten, die den gemeinsamen Zielen der Völker dient.

Die vorige

Rede des französischen Herrn

Ministerpräsidenten,

mit der er nach seinen eigenen Worten die öffentliche Diskussion der Abstimmungsfrage eröffneten will, verlief allerdings, den gegen Deutschland erhobenen Vorwürfen etwas mehr Substanz zu geben, als die vorigen Kapitalabschlägen in der ersten alliierten Note taten. Herr Herriot macht uns Vorwürfe, daß wir durch die

Ausbildung von Zeitfreiwilligen Heeresauftruppen gefährdeten hätten. Wenn man in Deutschland damals, als unsere inneren politischen Verhältnisse eine besonders geährliche Spannung zeigten, wirklich einige tausend Studenten für einige Wochen zu Übungen herangezogen hat, was bedeutet das für das Ausland gegenüber der Tatsache, daß es in ganz Deutschland die modernen Kampfmittel, die für die Auseinandersetzung allein ausreichend sind, überhaupt nicht mehr gibt? Was bedeutet es, wenn nach einer Einwirkungsdauer von so riesenartigem Maßstab hier und da geringe Restände an altem Kriegsmaterial oder an überzähligen Waffenräumen gefunden werden sind?

Sie brauchen, um das Verhältnis zwischen unseren Leistungen und den etwaigen Rückständen zu erkennen, nur die Zahlen zu vergleichen, die Herr Herriot selbst in seiner Rede anführt, wobei ich mich auf Angaben und besondres Zahlen, die ich noch nicht habe nachprüfen können, nicht festlegen möchte.

Der französische Herr Ministerpräsident sagt, es mehr als 33 000 Kanonen, 23 000 Panzer, 11 000 Minenwerfer, mehr als 4 1/2 Millionen Minenwerfergeschütze, mehr als 87 000 Maschinengewehre, 4 1/2 Millionen Gewehre, mehr als 400 Millionen Kartuschen und ungefähr 10 Millionen Handgranaten zerstört worden seien. Dagegenüber fallen doch die von ihm erwähnten Funde von 100 000 Stahlköpfen für Gewehrläufe, 17 000 Stahlköpfen für Minenengewehrläufe, 10 000 Lederlängen und 100 Werkzeugen wirklich nicht ins Gewicht.

Ein ernsthafter Militär wird sich dazu verstehen, denartigen Ziffern irgendwelche militärische Bedeutung beizumessen.

Ich kann Sie aber versichern, daß die Reichsregierung fest entschlossen ist, Verhüte in der Entwicklung, die ihr von den Alliierten nachgemacht werden oder sonst zu ihrer Kenntnis gelangen, zu begegnen.

Man gebe uns zu diesem Zweck endlich den Bericht, in dem die Kontrollmission das Ergebnis von mehr als achtzehnhundert Beurtheilungen zusammengestellt hat, und wie werden den Nachweis erbringen, daß wirklich kein Anlaß vorlag oder vorliegt, diesen Einzelfragen den Charakter eines internationalen Konflikts zu geben.

Eine besondere Behandlung erfordert die

Polizeifrage,

auf die der französische Herr Ministerpräsident großes Gewicht zu legen scheint. Sie, meine Damen und Herren, kennen die deutschen Verhältnisse und eignen sich ausdrücklich. Sie werden deshalb Verständnis dafür haben, daß wir nach unserer ganzen inneren Lage auf eine Polizei, die straffer als unsere Polizei vor dem Kriege organisiert ist, nicht verzichten können. Ich brauche nur Bezugnahme nur auf die

sozialdemokratische "Weltwirtschaft" schreibt, Braun werde verschonen müssen, besser gesetzte Wehrheitsverhältnisse zu schaffen, die eine Wiederholung der Vergangenheit vom 23. d. M. ausschließen. Gelinge ihm das nicht, so sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß er die Wahl nicht annimmt. Der parlamentarische Sieg von heute müsse seine Fortsetzung, Bestätigung und Erweiterung finden bei den nächsten preußischen Landtagswahlen, die voraussichtlich nicht lange auf sich warten lassen würden.

Die "Weltwirtschaft" verbucht die Wiederwahl Brauns als einen Gewinn für den republikanischen Gedanken.

Der "Weltwirtschaft" schreibt, Braun werde verschonen müssen, besser gesetzte Wehrheitsverhältnisse zu schaffen, die eine Wiederholung der

Vergangenheit vom 23. d. M. ausschließen. Gelinge ihm das nicht, so sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß er die Wahl nicht annimmt. Der parlamentarische Sieg von heute müsse seine

Fortsetzung, Bestätigung und Erweiterung finden bei den nächsten preußischen Landtagswahlen, die voraussichtlich nicht lange auf sich warten lassen würden.

Die kommunistische Bewegung hinzuerufen, die auch anderen Ländern zu schaffen macht, ohne daß ich damit ein Schredgespenst an die Hand mache will. Solange die innere Konzentration Deutschland fort-

Brauns Wiederwahl zum preußischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 31. Januar.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Vor Eintreten in die Tagessitzung nimmt der Zentrumsführer Herold das Wort zu der Erklärung, daß er nur durch einen bedeutsamen Zusatz bei einer der Abstimmungen der letzten Sitzung gescheitert habe. Er habe die Abstimmung gehabt, an allen vier Abstimmungen im Sinne der Mehrheit seiner Fraktion sich zu beteiligen.

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einziger Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Tagessitzung der Freigesetzung des Preußischen Landtages, die bei überaus fast bestem Haup und überaus ländlichen Zuständen, um 2,15 Uhr beginnt, steht als einz

greitet, bedeutet der Kommunismus für uns keine unmittelbare Gefahr. Sollte es aber, momentan in wirtschaftlicher Hinsicht, wieder zu kriegerischen Zuständen kommen, so würde sich das Bild schnell ändern. Der Kommunismus würde dann die Stunde für den in seinem Progrämm liegenden Entscheidungskampf gekommen seien.

Die Deutsche Reichswehr ist infolge ihrer starken Disziplinierung sehr wenig geeignet, dieser Gefahr zu begegnen. Wir bedürfen daher einer Polizei, die imstande ist, ohne jede Verzögerung in Aktion zu treten. Im Übrigen sind das alles organisatorische Einzelheiten, über die meiner Ansicht nach, bei vorzeitsfeier Behandlung möglichst eine Verständigung herbeiführen werden könnte.

Die Verbündeten, die Amerikaner — so hat der französische Herr Ministerpräsident vorgestellt — sollen wissen, daß Frankreich nicht zügig sein kann, solange von Deutschland dieses Massengut herübergeschafft wird. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um alles in der Welt, wohnten Sie in Deutschland ein solches Massengut?

So klugt fast wie ein Hahn, wenn jähre Worte über ein Land gelegt werden, in dem es keine staatlichen Rüstungsbestände gibt, dessen geringfügige Truppe weder schwere Artillerie noch Flieger noch Tanks besitzt, dessen Festungen geschleift oder völlig unmodern sind, und von dessen Gebiet man 55 000 qkm einseitig zu gründen seiner Nachbarn demütigt hat.

Ich frage Herrn Herriot, ob er wirklich im Ernst der Ansicht ist, daß die von ihm angesuchten Einzelheiten auch nur im entferntesten als ein Beweis für eine Bedrohung der Sicherheit Frankreichs angesehen werden könnten. Ich frage ihn, ob er nicht vielleicht der Ansicht ist, die in letzter Zeit von namhaften Organen der ausländischen, auch französischen Presse zum Ausdruck gebracht wurde, der Ansicht,

dah vor irgend welchen Angriffsmöglichkeiten in Deutschland überhaupt nicht die Rede sein kann.

Er wird mir vielleicht erwidern, daß es weniger auf den tatsächlichen Umfang der beamteten einzelnen Entwicklungsmängel als auf den Geist ankomme, der sich in ihnen offenbart. Ich bin mit ihm einig darüber, daß wichtiger als die Zahl der Waffen und Munition

die moralische Abstützung ist. Nun glaube ich allerdings nicht, daß ein Mangel an moralischer Abstützung aus einzelnen Säulen militärischer Dienststrukturen gefolgt werden kann, wie Herr Herriot jetzt schreibt. Meine Damen und Herren! Der Hofmannshof ist keine Sonntagschule, und der zweit militärische Institutioon kann niemals ein anderer sein als die Ausbildung der Truppe für militärische Zwecke. Das hat mit Angriffsabsichten nicht das Geringste zu tun.

Zum übrigen wird aber die moralische Abstützung in einem gesund empfundenen Volke sicherlich nicht dadurch gefördert, daß es sich allein unter den übrigen Völkern den minutiösen Kontrollmaßnahmen unterworfen sieht.

Gebenfalls erscheint sie mir undenkbar, wenn man diesem Volke nach den ersten Anzeichen der Entspannung sofort wieder mit diktatorischen Bescheidenen zieht und ihm die erste wesentliche Erleichterung, die der Versailler Vertrag in seinen Gunsten

bestimmt, nämlich die Einschränkung der militärischen Expansion, durch einsiligen Beschluß verweigert. Verstoß man, internationale Kräfte stehen durch militärischen Druck fast durch friedliche Auseinandersetzung zu regeln, dann kann man sich nicht wundern, daß in dem betroffenen Lande mancher nicht mehr an den Schutz des Rechtes, sondern nur noch an die Macht glauben mag.

Ich hoffe doch, daß mancher, der die Rede des französischen Herrn Ministerpräsidenten ohne Vereingenommenheit gelesen hat, sich fragen wird: Können die Alliierten nur diese Einzelheiten zur Begründung der Nichtverhandlung der Kölner Zone anführen?

Und ich hoffe hieran die weitere Frage an Herrn Herriot: Ist er entschlossen, die nördliche Rheinlandzone sofort zu räumen, nachdem die Besetzung der Deutschland etwa nachgewiesenen Verstöße in der Abrechnung sichergestellt ist? Eine klare Antwort auf diese Frage finde ich in seiner Rede nicht.

Es ist zum mindesten doppeldeutig, wenn er sagt, daß die französischen Truppen am Rhein die wichtigste und vielleicht sogar die letzte Garantie für die Sicherheit

Frankreichs seien. Diese Doppeldeutigkeit wird auch nicht durch die Erläuterung beseitigt, die Herr Herriot seiner Zeit seiner Rede gestellt hat durch die Worte, seine Haltung sei nicht durch den Wunsch bestimmt, sie unbestimmt sei um Rhein zu bleiben.

Sie, meine Damen und Herren, werden es begreiflich finden, daß weite Kreise in Deutschland die offizielle Begründung der Nichtverhandlung nur als Vorwand ansiehen und andere Motive dahinter vermuten. Auch in der Presse des Auslandes ist vielfach von diesen anderen Motiven und zugleich von der Möglichkeit die Rede gewesen, Ihnen durch

ein Kompromiß

Rechnung zu tragen. Ich kann in dieser Ansicht nur nochmals betonen, daß die Reichsregierung bisher niemals Gelegenheit gehabt hat, zu der Möglichkeit eines solchen Kompromisses Stellung zu nehmen.

Sie würde es, wenn es Würdigung zu einem späteren Termine — sagen wir einige Monate nach dem 10. Januar — wirklich garantiert hätte, nicht ohne weiteres abgelehnt. Es allen solchen Wünschen kann man aber nur gelangen, wenn man die Angelegenheit nicht in einem öffentlichen Noten-

wettspiel, sondern auf dem Wege vertraulicher Verständigung behandelt. Das ist die Reichsregierung jederzeit bereit.

Meine Damen und Herren! Der französische Herr Ministerpräsident hat die Einzelheiten Ihrer Ausführungen unter den Gesichtspunkt der allgemeinen

Sicherheitsfrage

gestellt. Er hat damit ein Thema angeschnitten, das auch in Deutschland die Öffentlichkeit lebhaft bestimmt. Es liegt auf der Hand, daß das von Stark gerührten Nachbarn umgebene entwaffnete Deutschland das Bedürfnis nach Sicherheit lebhaft empfindet.

Die Reichsregierung steht deshalb dem Sicherheitsgedanken nicht nur sympathisch gegenüber, sondern hat an seiner Verwirklichung auch ihrerseits ein reales Interesse.

Im Grunde konkretisiert sich in dem Verlangen nach Sicherheit das Bedürfnis, den wirtschaftlichen Verständigung von London zunehmend auch eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die noch offenen politischen Probleme folgen zu lassen. Denn die Sicherheitsfrage ist der Kern dieser politischen Probleme. Sobald für die Sicherheitsfrage eine Lösung gefunden ist, ergibt sich damit die Lösung der meisten übrigen Fragen, vornehmlich. Wenn so, wie den Anschein hat, die politischen Wünsche zweier Länder von der gleichen Tendenz getragen werden, sollte es meines Erachtens auch möglich sein, diese Wünsche zu verwirklichen. Herr Herriot hat bei seinen Ausführungen den

Gedanken einer Weltkonvention

im Vordergrund gestellt, wie sie durch das bekannte Genfer Protokoll vom Herbst vorangegangenen Jahres angestrebt wird. Eine solche allgemeine Weltkonvention scheint auch mir das Endziel zu sein. Ob es praktisch möglich ist, dieses Endziel jetzt unmittelbar zu erreichen, ist wohl noch ungewiß. Herr Herriot selbst hat bewußt, daß es den Nationen möglich sei, sich gegenseitig stärker einzurichten.

Wenn er dabei daran denkt, das Endziel einer Weltkonvention durch Abmachungen zwischen einer Gruppe von Staaten vorzubereiten und damit das Problem zunächst für die Fälle zu lösen, in denen es als unmittelbar klar empfunden wird, so ist die Reichsregierung durchaus bereit, hieran positiv mitzuarbeiten.

Wenn aber internationale Verbündete von der Art eines Garantiekartells wirklich vorhanden sein sollen, ist es nötig, daß nicht nur die Reaktionen rechtlich daran gebunden sind, sondern daß auch der geschlossene Wille der Völker selbst darüber steht. Das kann nur erreicht werden, wenn die unerlässlichen psychologischen Voraussetzungen auf allen Seiten erfüllt sind. Manche Wendungen in der Haltung des französischen Herrn Ministerpräsidenten, bei denen er nicht in Zweck darüber sein konnte, daß sie das Empfinden des deutschen Volkes verletzen, und der Beifall, den gerade diese Sätze im französischen Parlament gefunden haben, und nicht geeignet, jene Voraussetzungen zu erleichtern. Ich will auf die einzelnen Wendungen des französischen Ministerpräsidenten nicht eingehen, die ich mit seiner Haltung auf

Die Barmatassäre vor dem Untersuchungsausschuß.

Kommunistische Vorsitzende.

Berlin, 31. Januar.

Der Untersuchungsausschuss des Preußischen Landtags sollte am Freitag lediglich die Beweisanträge auf und einigte sich über sein fernstes Arbeitsprogramm. Vernommen werden sollen weiterhin die Beamten des Auswärtigen Amtes, durch deren Hände alles Altkommunistische über die Barmatassäre gegeben ist. Abgelehnt wurde ein kommunistischer Antrag, der die Fortbering anstelle, bei gewissen Banken Aussicht der Konten der Abgeordneten Bauer, Heilmann, Auttner, Wels, Lüdemann und des Polizeipräsidenten Richter zu verlangen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung richteten sich die kommunistischen Angriffe hauptsächlich noch gegen Heilmann. Er soll u. a. aus der Redaktion des „Zo. Presseblattes“ ausgetreten sein, um an anderer Stelle finanzielle Geschäfte zu machen und als eine Art Syndikat in den Barmatassären einzutreten. Hierzu ist festgestellt, daß Heilmann niemals in der Redaktion des „Zo. Presseblattes“ tätig war und niemals auch nur irgendwie daran gedacht hat, in diese Redaktion einzutreten.

Endlich verfügt der Ausschuss seine Bevollmächtigung auf Dienstag nachmittag. An diesem Tage sollen der Präsident der Staatsbank v. Dombois, Polizeipräsident Richter und der Abg. Heilmann vernommen werden.

Die Pässe der Barmatassäre.

Berlin, 31. Januar.

Vom Rechtsbeirat der Gebrüder Barmat wird uns folgende Erklärung übermittelt: In den letzten Tagen in dem Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags angestellten

Fragestellungen, wie die Familie Barmat nach Deutschland gekommen sei, enthalten in einem erheblichen Teile öffentliche Irrtümer und Unrichtigkeiten:

1. Julius Barmat ist bereits im Jahre 1907 als 18jähriger junger Mann aus Russland nach den Niederlanden gekommen und hat sich dort zunächst als offizieller vereidigter Dolmetscher für die russische Sprache niedergelassen. Schon vor dem Kriege, im Jahre 1912 und 1913, war Julius Barmat mit ordnungsgemäßigen Papieren oft nach Deutschland gereist. Im Jahre 1919 erhielt er, nachdem er die in der Öffentlichkeit mehrfach erwähnten Lebensmittelversorgungen nach Deutschland in die Wege geleitet hatte, von der Deutschen Reichsleitung in Amsterdam ein Visum. Das erste Visum erhielt er auf Empfehlung des Freiherrn v. Malzahn, der seinerzeit bei der Deutschen Gesandtschaft im Haag tätig war.

2. Was die Familienmitglieder des Jdl. Barmat anbetrifft, so sind diese, und insbesondere seine Eltern, 1920 aus politischen Gründen aus Russland aufgewandert und nach Holland gezogen. Unwohl ist, daß die Familie an der Abreisegrenze in Bremen bevorzugt behandelt wurde. Die ganze Familie mußte, wie alle anderen Reisenden, sich einer genaueren Prüfung unterziehen. Von einem Gefängnis des Preußischen Landtags gittert wurde, was an der Grenze nichts bekannt. Alle Familienmitglieder hatten ein ordnungsgemäßiges deutsches Visum das in Rumänien, von wo sie abgereist waren, ausgestellt war. Ebenso waren sie im Besitz einer ordnungsgemäßigen holländischen Einreiseerlaubnis. Sie haben sich in Deutschland, wo sie lediglich durchreisen, nur wenige Tage aufzuhalten.

Die Sommerville-Gesellschaft, das jüdische, atheistische Kind, das als geheimnisvoll nachlebende Schatten der gemordeten Baronesse Arne sind, zum Königin zu bringen. Und die lustige Tudeladomäne der Schotten und das hohe grüne Gehäuse der Mücken und das Heulen des Zuges vom vereiteten Sund herein müssen sich hellend melden mit dem roten Ohr der Orchester der Gewissensdmonnen, die den Röder durch das Volzhathu der Liebe peilen bis zu ihrem furchtbaren und doch eisenden „Rein!“, mit dem er sich von Leben und Liebe trennt.

Doch der Spieler ist Dr. Hans von Wilder, der best Regisseur, über den die Neustädter Bühne heute verfügt — der Lösung dieser schwierigen Aufgabe sehr nahe kam, ist das Rätselstück, was man zu seinem Lob und zugunsten dieser Aufführung sagen kann. Das Zusammenspiel, von verschiedenartigen darstellenden Kräften und Temperaturen bestimmt, liegt doch überall die wirkungsfähige Hand, den überfließenden Blick einer energiavollen Leitung erkennen. Rast und mit dramatischer Schlagkraft rollten sich die sieben Söhne auf dem Hinterzuge der Stimmungsvollen Unterwirks und Dekorationen Prof. Richters ab. Erstaunlich ist nur, daß die Verwandlungswalzen — obgleich dieses Haus eine Drehbühne besitzt — so stark in die Länge gezogen wurden: ein Verfahren, das nicht nur den Puls der Handlung, sondern auch die Herzen der Zuschauer eingetrocken trieb. Auch müssen sie sehen, wie das vorzeitige, Stimmung und Dialog zerschneidende Fassen des Vorhangs, an einer großen Höhe denn doch zu verhindern sein.

Johannes Steiner hat in der zweiten Kriegserinnerlichkeit und Liebesbesessenheit schwankenden Figur des Sir Achis eine Rolle gefunden, in der seine besondere, zur Darstellung komplizierter, dämonischer Leidenschaften neigende Kunst voll ausdrücken kann. Die Handlung von chaotischer, zerstörerisch vorzehrer Kunst zu menschlicher, das eigene verlorne Schicksal als aufzehender und zersärender Feind gelang ihm aufzuhören und aufzuhören. Annemarie Grey ist in ihrer Schlechtigkeit meisterhaft.

seine Tätigkeit als Stubenmaler, kam als solcher weit herum in der Welt, ohne doch mehr als handwerkliche Arbeit leisten zu dürfen, bis endlich der Kunstmaler Kandler auf ihn aufmerksam wurde, das Kunstmalerische in ihm entdeckte und so weit entdeckte, daß er ihn Eugen Bracht in weitere Obhut geben konnte. Wenn dieser tan als Meisterschüler in sein Atelier aufnahm, so zeigte das schon dafür, daß es mehr als materielles Durchschlagskunnen war, das in diesem Schüler noch eine Zeitlang Schüler des verstorbenen Emanuel Hegenbach gewesen.

Aufgewachsen als Maler im Sinne des Impressionismus, in der Künstler dieser Malweise mit absoluter Hingabe an das Wohllebensbild tief geblieben. Aber das bedeutet nicht, daß er die Wohllebensität in nächsterem Maße wiedergegeben habe; er fühlte das Wort Impressionismus in tieferem Sinne auf, er gab ihm den Inhalt, der diesem Worte gegeben werden muß, wenn anders darunter Eindruck, Stimmungsmalerei verstanden werden soll. Er überzeugte die Kunden, die auf der Reise nach seines Alters erschienen, in die Farben, die seine malerische Phantasie tan und sehen wollte. Ein Winterbild von ihm („Das Walogut“) — das ist nicht nur die Schilderung einer Schneelandschaft, wie ein Sommerbild („Am Wehrteich“) nicht nur die Bergoperetta blauen, strahlenden Himmel ist; hier wie dort symbolisiert der Künstler durch die Farbe das Wesen eines Naturerindrucks: der rauhenden, fordernden Glut hier, der vorherigen Emanuels Hegenbachs dort.

Auch als er schon zum vollen Künstler ausgereift war, blieb Otto Altenkirch dem Handwerklichen noch in gewissem Sinne treu. Er war seit dem Jahre 1910 und etwa bis zum Jahre 1920 Vorstand des Malhauses der früheren Königlichen Porzellan-Manufaktur. Aber er veredelte dieses Handwerkliche durch die Hingabe des Künstlerischen. Es muß ihm auch als schöpferischer Künstler vergessen werden, mit welch feinsinnigem

„Winterballade“.

Erstaufführung im Neustädter Schauspielhaus.

Eine Symphonie des Grausens ist die schreckliche Vision einer verschollenen nordischen Winternachtsszene, die wie Traumalp läuft. Von mad versuchen, dem steinernen Hahn durch den — berichtigten — Hauptsatz auf hinreißende Effekte (Schleifen der Nordmesser, dieses Aufrütteln der Soldatenkatastrophal verlorenen Soldaten usw.) sich zu entziehen: es bleibt doch ein Rest, der, als wirklich Geschauter, im gegenwärtigen Erlebnis und in der Erinnerung haftet.

Geirhart Hauptmann hat, mit dem scharfen Griff des Theatermanns, der immer noch ein Stück bildender Künste ist, das Phantastisch-Geistlichen-Kunst, durch die Schau an sich Erregende aus einem Theaterstück nachzuholen, aber Erzählende von Herrn Arnes Schatz herauszuholen, die in ihr ruhenden Elementen von Harmonie und Schuld, Freude und Schuld zu dramatischer Wirkung emporgerufen. Wie Liebesheute hast du gemordete Schwestern, den Röder dem Röder. Sie Arche an: immer steht man ihre Arme um ihre Gesichter, wie in jener Blutigen Nacht auf dem Schlosshof von Solberg, da der Schotte, ein problematisches Komplex von Empfindsamkeit und Abenteuerlustigkeit, sie erobert, um sie nicht den versteinerten Spieghelfern in die Hände fallen zu lassen. Und mit geheimnisvoller Kraft sich wiederum er lobt die nachwunderliche Skall nach noch, die Jungen jener brüderlichen, modernen Umschaltung, Überbild des Toten, schaudora die Erfüllung eines unausgezogenen Wunschnamens.

In diesem tragischen Rausch des Einzelns vom Unaussprechlichen und doch zutreffend Gewollten mit der gespenstischen Wirklichkeit liegt das eigenartig effektnde dieses Stücks. Und Ziel der Sieg ist es sein, die Zurücknahme von Rausch und Elan und Schreck auf den zweipoligen Stimmen von Rauschorn und drücklicher Friedsamkeit, die schlechtthin meisterhaft.

Seite 4 zu Nr. ...

Vorbehalte beitreten müssen. Alle gegenwärtigen Völkerbundmitglieder sind den im Art. 16 des Paktes vorgesehenen Verpflichtungen unterworfen, mit einer bestimmten Ausnahme, die die Schweiz betrifft und die durch die Stellung als ständig neutrale Macht diesem Staat durch die Vertrag verkannt wurde. Die Königliche Schwedische Regierung ist der Ansicht, daß es mit den Bestimmungen des Paktes und mit den Grundsätzen, auf denen er sich aufbaut, kaum vereinbar wäre, wenn Deutschland dem Völkerbund mit einem Vorbehalte trüte, der die wichtigen im Art. 16 des Paktes angeführten Bestimmungen betrifft, die übrigend gegenseitig sind und denen infolgedessen das Recht auf Hilfeleistung von Seiten der anderen Mitgliedsstaaten entspricht.

Wie aus den von der Völkerbundversammlung im Jahre 1921 angenommenen Entschließungen hervorgeht, ist es jedoch mit den Bestimmungen des Art. 16 nicht unvereinbar, daß bei der Ausführung der Sanctionsverpflichtungen in einem gewissen Maße der besonderen Lage eines Staates Rechnung getragen werde und infolgedessen auch einer Tatsache wie den Rüstungsbeschränkungen Deutschlands, die in den Friedensverträgen festgelegt wurden. Die Königliche Schwedische Regierung erlaubt sich daher, die lebhafte Hoffnung anzusprechen, daß die deutsche Regierung nicht der Ansicht ist, daß die Bestimmungen des Art. 16 des Völkerbundpaktes ein Hindernis für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund darstellen.

Deutschland und die Opiumkonferenz.

Genf, 30. Januar.

Der Unterausschuss der zweiten Opiumkonferenz beschloß heute, daß Deutschland in der Koalition verbleiben soll, die das ständige Centralcontrollkomitee für die Bestimmung des wissenschaftlichen und medizinischen Opiumbedarfs zu einemem hat. Diese Koalition soll danach bestehen aus Amerika, Deutschland, Frankreich, England, Japan, Italien und den nichtständigen Mitgliedern des Völkerbundes. Ein deutscher Antrag, zwei Nichtmitgliedsstaaten beizugeßen, um damit auch Deutschland einen Vertreter zu haben, war in einer der Unterausschüsse abgelehnt worden. In den öffentlichen Beratungen aber, die seitdem stattfanden, erklärte der japanische Delegierte, daß Deutschland angeblich seiner industriellen Bedeutung unbedingt in die zu errichtende Kooperativität Stil und Stimme haben müsse. Vord Robert Cecil schloß sich dieser Auffassung an.

Hungernot in Irland.

London, 30. Januar.

Die augenbläckliche Hungernot in West-Irland gesellte sich jetzt noch ein plötzlicher Mangel an Heizmaterial. Der Toz vermodert in den Mooren. Handelsmänner und Viehzüchter haben infolge mangelnden Nachschusses des Kleinvechtes Bananen gemacht. Das Jahr wird als das schlimmste seit dem berühmten schwarzen Jahr 1847 bezeichnet.

Die Lage in Spanisch-Marocco.

Paris, 30. Januar.

Es wird meldet aus Tangier, daß Marokko sich noch immer in seinem sündigen Wohlhaben Tag zu befinden, den die spanischen Flieger am Dienstag bombardiert hätten. Die Flieger hätten starke Verluste. Es werde von über 400 Toten und Verwundeten berichtet. Spanische Flieger hätten außerdem zwei weitere Dörfer bombardiert. Bei den Andalusas-Stämmen seien die Führer der Städte nicht untereinander einig. Die Feindseligkeiten gegen die Spanier würden jedoch demnächst wahrscheinlich wieder aufgenommen werden.

Zur Frage der Schulden Frankreichs an Amerika.

Washington, 30. Januar.

Der neue französische Botschafter Daeschner teilte bei der heutigen Überreichung seines Beleibungszeugnisses an den Präsidenten Coolidge mit, daß die Zusammensetzung zwischen den beiden Ländern, die während des Krieges bestanden habe, auf die Bezahlung der materiellen Schäden sowohl wie der Tauschschulden ausgeglichen werden sollte. Diese unmittelbare Bezugnahme des Botschafters auf die Schuldenfrage wird in diplomatischen Kreisen als von weittragender Bedeutung angesehen.

Herriots Richtstellung.

Schweiz: Geschäft der Rechtsopposition.

Paris, 30. Januar.

Die nachträgliche Auslegung, durch die Herriot den Eindruck seiner Rede vom Mittwoch abweichen ließ, und die inzwischen bekanntgewordene Vorgesetztheit dieser Richtstellung haben die Rechte, die zunächst Herriot in den Tönen der höchsten Begeisterung zubute und ihn für die Politik des Nationalen Blocks verantwortlich hatte, erneut in die Opposition gegen die Regierung getrieben. Die reaktionäre Presse konnte bereits wieder mit den schwersten Geschützen gegen Herriot, vor allem aber gegen die Sozialisten. So schreibt der „Intransigeant“:

„Es ist kein Zweifel möglich, daß die Sozialisten das Rad nicht gestoßen hätten, wenn Herriot nicht im Bürgergewand in ihrer Fraktion-

lager erschienen wäre und die später im Plenum der Kammer wiederholten beruhigenden Erklärungen abgegeben hätte. Aber — so triumphierte das Blatt — der Alarmsturm, mit dem Herriot von der Kammerredakteure herab das Land aus seiner Sorglosigkeit aufgerüttelt habe, könne dadurch ebensoviel abgeschwächt werden, wie die zum erstenmal von einem Ministerium der Linken abgegebene Erklärung, daß Frankreichs Sicherheit den Besitz des Rheins erfordere.“

Trofli's Nachfolger.

Moskau, 30. Januar.

Das Zentralrezekomitee der Sowjetunion gab ein Dekret heraus, wonach Trofli seines Amtes als Volkskommissar für Krieg und Marine entzogen und Grunze für diesen Posten ernannt worden ist.

Ausweisung des ökumenischen Patriarchen aus der Türkei.

Konstantinopel, 30. Januar.
Der ökumenische Patriarch ist aus der Türkei ausgewiesen worden.

Athen, 31. Januar.

In der Nationalversammlung wurde von den Rednern aller Parteien der Entschluß über die Ausweisung des griechischen Patriarchen aus Konstantinopel erlassen. Der Präsident teilte mit, daß an die Parlamente aller irgendwie hieran interessierten Länder Telegramme gesandt werden würden. Nach Schluss der Parlamentssitzung wurde ein außerordentlicher Nominierung abgehalten.

Alte Auslandsnachrichten.

Brixen, 30. Januar.
Das Kriegsgericht des Hennegaues verurteilte wegen anrüchiger Kriegsverbrechen folgende deutsche Offiziere in Abwesenheit: Knipping und v. Bülowsdörfer zum Tode, Sotter und Diederich zu lebenslänglichem Zuchthaus und Peter zu 5 Jahren Zuchthaus.

Rom, 30. Januar.
Im Prozeß des „Avanti“ gegen den „Popolo d'Italia“ wegen des Vorwurfs der intellektuellen Täterschaft beim Attentat im Theater von Pavia wurde ein Schriftsteller des „Popolo d'Italia“ zu zehn und der verantwortliche Schriftsteller zu fünf Monaten Kerker verurteilt.

Paris, 30. Januar.
Das „Journal“ meldet aus Tunis, daß es bei Grenzkriegsfechten zwischen Einheiten vom Bar-Charbanne und von Veni Khan zu Zwischenfällen gekommen sei. Die Spähtruppen unter dem Drat der Menge seien eingebrochen von Veni Khan, die verhaftet hatten, wieder freigelassen müssen. Im Verlauf des Kampfes seien mehrere Eingeborene verwundet worden.

Arbeiterchaft und Reaktion. Gegen die Wiederkehr des alten Systems.

Berlin, 31. Januar.
Der Bundesausschuß des A.D.G.B. hat am Freitag zu der politischen Lage in folgender Entschließung Stellung genommen:

„Der Sieg des Bürgerblocks im Reich, wie der Sturz der Koalitionsregierung in Preußen geschehen ist, weist in weitestem Umfang die Macht der Arbeiter, die Sicherheit der Verfassung, den Bestand der Republik.“

Die Deutsche Arbeiterchaft befindet sich einer Koalition der extremen Parteien von rechts und links gegenüber, die aus ehemaligen Feinden ihrer Ziele besteht. Gelingt ihrer Staatsausübung ihrer Gemeinschaftsleiter wie ihres Chefs nach Gewaltbereitschaft in Staat und Wirtschaft. Der Schluß der Republik, die Befreiung der Verfassung ist den Gegnern der neuen Staatsform überantwortet worden.

Die demokratische Republik ist die einzige Siedlung, daß die Grundrechte der deutschen Arbeiterchaft geahrt bleiben. Jedes Verhältnis auf politischen Schleidewegen oder durch Gewalt den alten Oberrichterstaat wieder an ihre Stelle retten zu lassen, muß der entschlossene Wille der gesamten deutschen Arbeiterchaft entgegenstehen, den jungen Freiwilligen gegen seine innerpolitischen Gegner mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die Gewerkschaften haben zur Zeit des Kapp-Putschs bewiesen, daß sie die Republik gegen ihre innerpolitischen Feinde zu schützen imstande sind. Sie haben während des Kappkampfes nicht nur die Einheit des Reiches gegen die verteidigungsbereiten Staaten im Westen verteidigt, sondern auch gekämpft für den freiheitlichen Aufbau der Demokratie. Sie sind überzeugte Kämpfer des republikanischen und demokratischen Gedankens. Sie sind sich bewußt, daß die Wiederkehr des alten Systems auch die verbürgten Rechte befehligen würde, die es ihnen ermöglichen, die Interessen des schaffenden Volkes gegen seine wirtschaftlichen und politischen Gegner wahrzunehmen. Ihr Einsatz auf die Seite der sozialen Gesetzgebung wäre unüberwindlich dahin, der Weg wäre ihnen auf lange Zeit verlegt, ihr Ziel, die Gleichberechtigung der Arbeiter in der Wirtschaft durchzusetzen. Der Schluß der Arbeiterkraft vor willkürlicher Aussetzung, der allein von der Macht der Gewerkschaften abhängt,

wäre ihnen ebenso schwierig wie vor dem Kriege.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt deshalb im Namen aller Zentralverbände, daß die Gewerkschaften mit allen ihren zur Verstärkung nehmenden Mitteln die Republik zu verteidigen entschlossen sind. Der Bundesausschuß verzichtet die Gewerkschaften der Feinde der Republik, gleichgültig in welchen politischen Lager sie sich befinden, Deutschnationalen oder Kommunisten, in geschlossener Front einzutreten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer müssen deshalb eingedenkt sein, daß jeder Angriff auf die Republik und ihre Verfassung die Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeiterschaft gefährdet. Der Bundesausschuß ruft die Arbeitnehmer auf, dem Bürgerblock zu beitreten, daß alle Bestrebungen, die Republik zu stützen, an dem einheitlichen Willen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft scheitern werden.“

Der Sturm auf die Wachen.

Hamburg, 30. Januar.

Am Freitag der Vorjährige des Oktobers wurde von den Rednern aller Parteien der Entschluß über die Verbesserung des griechischen Patriarchen aus Konstantinopel erlassen. Der Präsident teilte mit, daß an die Parlamente aller

Bürgernationen eine Anfrage der Gewerkschaften nicht möglich gewesen sei, da die Kommunistischen Vertreter mit der Taktik der Gewerkschaften nicht einverstanden waren. Den Komnummern kam es, nach ihren Ausführungen, in ihrer Behandlung nicht darauf an, zu demonstrieren, sondern eine Umgestaltung der damaligen politischen Verhältnisse herbeizuführen. Da der Oktoberschluß ablehnte, batte sich die Kommunisten Redenheit bis zum nächsten Sonntag aus.

In der Nacht vorher erfolgte dann der Schluß des Sturms auf die Wachen. Die Aut vor der

Stadt wurde der Kämpfer von Dr. A. G. begleitet.

Kästen — nur für Mitglieder — zu 3 M. (numeriert), galt für diesen und die noch folgenden vier Vorläufe im Heimat-

schluß Schießstätte 24, und an der Abdolofse.

* Heimatschuhvorläufe. Da die Herren Ermold und Lange deutlich verhindert sind, den ange-
tagten Abend Dienstag, 3. Februar, obendes 8 Uhr im Vereinsraum zu veranstalten, hat sich Kommer-
zienräuber Burg bereit erklärt, an diesem Tage mit einem Vierabend eingezogen. Am Blätter-
blügel wird der Kämpfer von Dr. A. G. begleitet.

Kästen — nur für Mitglieder — zu 3 M. (numeriert), galt für diesen und die noch folgenden vier Vorläufe im Heimat-

schluß Schießstätte 24, und an der Abdolofse.

* Die Althambros-Lichtspiele waren in dieser Woche gleich mit zwei Dramen auf. „Winter-
stürme“, ein Drama aus dem Hochgebirge,schildert die Leidenszeit zweier durch Schuld
verbundener Familien der Familie eines armen Eisfinders und einer Grafenfamilie. DerEiszeugkonstrukteur Stephan Schwermer hat Frau und Kind heimlich verlassen, um eine Er-
krankung, für die er in seiner Heimat keinen Inter-
essenten findet, in Amerika unterzubringen. Seine

Frau, die, vertrieben aus ihrer Wohnung, sich mit ihrem Kinder auf den Weg macht, um jenseits des

Gebürges bei Verwandten ihres Mannes Unter-
kunft zu finden, kommt in einer Schneeweide um.Ihr Kind wird durch den Hund eines im Gebürg
lebenden Sonderlings gerettet. Als dessen Pflege-
kind wählt Jenny auf. Das Schicksal führt sie mit

ihrem Sohn auf den Weg nach Amerika, um jenseits des

Gebürges bei Verwandten ihres Mannes Unter-
kunft zu finden, kommt in einer Schneeweide um.

Ihr Kind wird durch den Hund eines im Gebürg

lebenden Sonderlings gerettet. Als dessen Pflege-
kind wählt Jenny auf. Das Schicksal führt sie mit

ihrem Sohn auf den Weg nach Amerika, um jenseits des

Gebürges bei Verwandten ihres Mannes Unter-
kunft zu finden, kommt in einer Schneeweide um.

* Der Schauspieler Augustus hat sich am gestrigen Freitag, 3. Februar, in der Schießstätte eröffnet. Es

handelt sich um einen Vorläufer des Schieß-
festes, der die Schießstätte für den Februar 1925 im

Verein der Gewerkschaften, der die Gewerkschaften

aus dem Schießfest verhindert, wobei großer Materialschaden entsteht.

Der beständige Kampf steht in der Stadt nicht

auf, sondern es geht weiter, um einen weiteren

Sieg zu erringen. Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Die Meldung der kommunistischen Roten

Pfeile, daß bei der preußischen Regierung die Ab-
sicht besteht, angesichts der gespannten inner-

politischen Lage in Preußen den Ausnahmestatu-

tatz zu erläutern, enthebt, wie wir von zu-

jähniger Seite erfahren, jeder Begründung.

* Der Direktor des Frankfurter Wohnungsmi-

nisteriums, der eine Wohnungssicherung erläuterte,

nannte dabei einen von dem Gewerkschaften der 2. Abteilung

Wohnungsüberprüfung, welches gegen Materialschaden

entsteht. Der beständige Kampf steht in der Stadt nicht

auf, sondern es geht weiter, um einen weiteren

Sieg zu erringen. Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

* Der Gewerkschaften kann nicht mehr auf dem Platz stehen, wo sie sich befindet.

Amtlicher Teil.

Berordnung über Hundemaulörte.

Auf Grund der §§ 2, 40 und 79 Absatz 2 des Altengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) wird bestimmt:

Ein Hundemaulor ist nur dann als sicher im Sinne der jura-polizeilichen Vorschriften anzusehen, wenn er hinsichtlich seiner Welschaft nicht von Sicherung den folgenden Anforderungen entspricht:

1. Ein Hundemaulor soll im Vorortteil (Schwanzenteil) tatsächlich nur aus Metall bestehen und mit einem genügend dichten Rahmen versehen sein, der so zu liegen kommt, dass der Hund seinen Oberkiefer nicht aus dem Maulor herausziehen kann. Dieser Oberkiefer und alle den Schwanzenteil des Maulors bildenden Rahmen müssen mit sorgfältig und fest aufgesetzten Metallbändern gespannt sein. Nur bei Maulödern für kleinere Hunde kann hiervon abweichen, wenn schon die Sicherheit des Maulors durch die Verstärkung des Mauls verhindert.

2. Das Vorortteil eines Hundemauls soll darf nicht bloß durch ein über dem Rahmen liegenden Metall- oder Ledervorderrand getragen sein, sondern muss außerdem durch ein vom Kiefer über die Mitte der Zähne bis mindestens zur Rahmenmitte gehendes ebenholztes Band in seiner Lage erhalten werden.

3. Über anziegliche Hundemaulöre ist im Genidat mittels eines Niemers am Metallband des Hundes zu besticken. 4 B: W.V.

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1925 in Kraft.

Dresden, am 31. Januar 1925.

Wirtschaftsministerium.

Sechszwanzigste Einkommensteuer-verteilung, zehnte Körperschaftsteuer-verteilung und zehnte Umsatzsteuer-verteilung.

1. Bei der 26. Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer, der 10. Verteilung des Gemeindeanteils an der Körperschaftsteuer und der 10. Verteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer für das Abrechnungsjahr 1924 erhalten die Gemeinden und Bezirkverbände:

a) als Anteil am Gemeindeanteil der Einkommensteuer einen Betrag, der sich berechnet nach 3,7 Pfennigen auf die Einheit ihres 2. (bereinigten) Einkommensteuer-Rechnungsanteils;

b) als Anteil am Gemeindeanteil der Körperschaftsteuer einen Betrag, der sich berechnet nach 5,7 Pfennigen auf die Einheit ihres 2. (bereinigten) Körperschaftsteuer-Rechnungsanteils;

c) als Anteil am Gemeindeanteil der Umsatzsteuer einen Betrag, der sich berechnet nach 1,08 Pfennigen auf die Einheit ihres 2. (bereinigten) Einkommensteuer-Rechnungsanteils und nach 15,4 Pfennigen auf den Kopf der Bevölkerung.

2. Soweit der einzelnen Gemeinden infolge Bereinigung ihres 2. Einkommensteuer-Rechnungsanteils oder ihres 2. Körperschaftsteuer-Rechnungsanteils noch Überzahlungen vorliegen, werden diese bei der 26. Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer, bei der 10. Verteilung des Gemeindeanteils an der Körperschaftsteuer und bei der 10. Verteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer weiter zum Ausgleich gebracht.

Alle Gemeinden, bei denen ein weiterer Ausgleich für Überzahlungen stattfindet, erhalten vom Finanzministerium eine schriftliche Ablösung.

3. Sämtliche Beträge sind auf volle Reichsmark nach unten abgerundet worden. 5442 Dresden, am 30. Januar 1925. 115 Steuer-C Finanzministerium, III. Abteilung.

Herrn Friede Weischl, Hirzhoff, geb. Witzenhüter, wohnhaft in Bernstadt, und Frau Martha Anna Werner, wohnhaft in Jüttendorf, wird für die am 19. Oktober 1924 mit Mut und Entschlossenheit bewilligte Erziehung eines Kindes vom Tode des Ertrinkens hiermit öffentliche Anerkennung ausgesprochen.

Herrn hat die Kreishauptmannschaft dem Arbeiter Walter Schäfer in Bautzen-Seida für die von ihm am 14. Oktober vor 18. mit Mut und Entschlossenheit ausgeführte Errettung eines Kindes vom Tode des Ertrinkens eine Geldbelohnung bewilligt. A 81 A Bautzen, am 27. Januar 1925. 5449

Kreishauptmannschaft.

Auf Blatt 384 des Handelsregisters für die Firma Bauverein Demitz, Altengesellschaft in Demitz-Thumitz ist am 13. Dezember 1924 und 27. Januar 1925 eingetragen worden:

Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma lautet nunmehr: Bauverein Demitz-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Sitz der neuen Gesellschaft in Demitz-Thumitz.

Die Generalversammlung vom 15. April 1924 hat die Auflösung der Gesellschaft zum Zwecke der Umwandlung in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter Ausschluss der Liquidation beschlossen.

Der Gesellschaftsvertrag der neuen Gesellschaft ist am 15. April 1924 abgeschlossen und durch Beschluss der Gesellschafter vom 10. Juni 1924 und 17. November 1924 teilweise abgeändert worden.

Gegenstand und Zweck des Unternehmens ist ausschließlich die Förderung des Kleinwohnungsbaus für minderbehinderte Volksschicht. Bei diesem Zweck ist die Gesellschaft befugt,

a) Grundstücke zu erwerben, zu bebauen, zu vermieten und zu verkaufen.

b) gleichartige Unternehmungen zu erwirken. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmungen gleicher Art in jeder zulässigen Form zu beteiligen.

Das Stammkapital beträgt einhundert Goldmark. Zum Geschäft ist über der bestellte der Steinarbeiter Alwin Schuster in Schmölln.

Werden mehrere Gesellschafter bestellt, so ist jeder von ihnen allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.

Die Vertretungsbefugnis des Steinarbeiters Alwin Schuster in seiner Eigenschaft als Vorstand der aufgelösten Altengesellschaft ist erloschen.

Emil May Schuster ist vor der Umwandlung der Altengesellschaft aus deren Vorstand ausgetreten.

Weiter wird bekanntgegeben:

Die Stammmittel werden dadurch geleast, dass die Gesellschafter sich mit den auf die Art einer bisherigen Gesellschaft (Bauverein Demitz) entstehenden eingeschlossenen, auf Grund der für den 1. Januar 1924 aufgestellten Bilanz errechneten Gewinnen am Vermögen dieser aufgelösten Gesellschaft bei der neuen Gesellschaft beteiligen. Der Wert, für den die neue Gesellschaft diese Anteile erfasst, beträgt 1000 Goldmark für jede Anteile.

Das Grundkapital der bisherigen Altengesellschaft beträgt 5000 M. und war vereinbart in 5 Aktien zu je 1000 M., von denen 3 Stück dem Steinarbeiter Alwin Schuster in Schmölln und 2 Stück dem Steinmeister Gustav Heier in Schmölln gehören.

Emil May Schuster ist vor der Umwandlung der Altengesellschaft aus deren Vorstand ausgetreten.

Weiter wird bekanntgegeben:

Die Stammmittel werden dadurch geleast, dass die Gesellschafter sich mit den auf die Art einer bisherigen Gesellschaft (Bauverein Demitz) entstehenden eingeschlossenen, auf Grund der für den 1. Januar 1924 aufgestellten Bilanz errechneten Gewinnen am Vermögen dieser aufgelösten Gesellschaft bei der neuen Gesellschaft beteiligen. Der Wert, für den die neue Gesellschaft diese Anteile erfasst, beträgt 1000 Goldmark für jede Anteile.

Das Grundkapital der bisherigen Altengesellschaft beträgt 5000 M. und war vereinbart in 5 Aktien zu je 1000 M., von denen 3 Stück dem Steinarbeiter Alwin Schuster in Schmölln und 2 Stück dem Steinmeister Gustav Heier in Schmölln gehören.

Emil May Schuster ist vor der Umwandlung der Altengesellschaft aus deren Vorstand ausgetreten.

Weiter wird bekanntgegeben:

Die Stammmittel werden dadurch geleast, dass die Gesellschafter sich mit den auf die Art einer bisherigen Gesellschaft (Bauverein Demitz) entstehenden eingeschlossenen, auf Grund der für den 1. Januar 1924 aufgestellten Bilanz errechneten Gewinnen am Vermögen dieser aufgelösten Gesellschaft bei der neuen Gesellschaft beteiligen. Der Wert, für den die neue Gesellschaft diese Anteile erfasst, beträgt 1000 Goldmark für jede Anteile.

Das Grundkapital der bisherigen Altengesellschaft beträgt 5000 M. und war vereinbart in 5 Aktien zu je 1000 M., von denen 3 Stück dem Steinarbeiter Alwin Schuster in Schmölln und 2 Stück dem Steinmeister Gustav Heier in Schmölln gehören.

Emil May Schuster ist vor der Umwandlung der Altengesellschaft aus deren Vorstand ausgetreten.

Weiter wird bekanntgegeben:

Die Stammmittel werden dadurch geleast, dass die Gesellschafter sich mit den auf die Art einer bisherigen Gesellschaft (Bauverein Demitz) entstehenden eingeschlossenen, auf Grund der für den 1. Januar 1924 aufgestellten Bilanz errechneten Gewinnen am Vermögen dieser aufgelösten Gesellschaft bei der neuen Gesellschaft beteiligen. Der Wert, für den die neue Gesellschaft diese Anteile erfasst, beträgt 1000 Goldmark für jede Anteile.

Das Grundkapital der bisherigen Altengesellschaft beträgt 5000 M. und war vereinbart in 5 Aktien zu je 1000 M., von denen 3 Stück dem Steinarbeiter Alwin Schuster in Schmölln und 2 Stück dem Steinmeister Gustav Heier in Schmölln gehören.

Emil May Schuster ist vor der Umwandlung der Altengesellschaft aus deren Vorstand ausgetreten.

Weiter wird bekanntgegeben:

Die Stammmittel werden dadurch geleast, dass die Gesellschafter sich mit den auf die Art einer bisherigen Gesellschaft (Bauverein Demitz) entstehenden eingeschlossenen, auf Grund der für den 1. Januar 1924 aufgestellten Bilanz errechneten Gewinnen am Vermögen dieser aufgelösten Gesellschaft bei der neuen Gesellschaft beteiligen. Der Wert, für den die neue Gesellschaft diese Anteile erfasst, beträgt 1000 Goldmark für jede Anteile.

Das Grundkapital der bisherigen Altengesellschaft beträgt 5000 M. und war vereinbart in 5 Aktien zu je 1000 M., von denen 3 Stück dem Steinarbeiter Alwin Schuster in Schmölln und 2 Stück dem Steinmeister Gustav Heier in Schmölln gehören.

Emil May Schuster ist vor der Umwandlung der Altengesellschaft aus deren Vorstand ausgetreten.

Weiter wird bekanntgegeben:

Die Stammmittel werden dadurch geleast, dass die Gesellschafter sich mit den auf die Art einer bisherigen Gesellschaft (Bauverein Demitz) entstehenden eingeschlossenen, auf Grund der für den 1. Januar 1924 aufgestellten Bilanz errechneten Gewinnen am Vermögen dieser aufgelösten Gesellschaft bei der neuen Gesellschaft beteiligen. Der Wert, für den die neue Gesellschaft diese Anteile erfasst, beträgt 1000 Goldmark für jede Anteile.

Das Grundkapital der bisherigen Altengesellschaft beträgt 5000 M. und war vereinbart in 5 Aktien zu je 1000 M., von denen 3 Stück dem Steinarbeiter Alwin Schuster in Schmölln und 2 Stück dem Steinmeister Gustav Heier in Schmölln gehören.

Emil May Schuster ist vor der Umwandlung der Altengesellschaft aus deren Vorstand ausgetreten.

Weiter wird bekanntgegeben:

Die Stammmittel werden dadurch geleast, dass die Gesellschafter sich mit den auf die Art einer bisherigen Gesellschaft (Bauverein Demitz) entstehenden eingeschlossenen, auf Grund der für den 1. Januar 1924 aufgestellten Bilanz errechneten Gewinnen am Vermögen dieser aufgelösten Gesellschaft bei der neuen Gesellschaft beteiligen. Der Wert, für den die neue Gesellschaft diese Anteile erfasst, beträgt 1000 Goldmark für jede Anteile.

Das Grundkapital der bisherigen Altengesellschaft beträgt 5000 M. und war vereinbart in 5 Aktien zu je 1000 M., von denen 3 Stück dem Steinarbeiter Alwin Schuster in Schmölln und 2 Stück dem Steinmeister Gustav Heier in Schmölln gehören.

Emil May Schuster ist vor der Umwandlung der Altengesellschaft aus deren Vorstand ausgetreten.

Weiter wird bekanntgegeben:

Die Stammmittel werden dadurch geleast, dass die Gesellschafter sich mit den auf die Art einer bisherigen Gesellschaft (Bauverein Demitz) entstehenden eingeschlossenen, auf Grund der für den 1. Januar 1924 aufgestellten Bilanz errechneten Gewinnen am Vermögen dieser aufgelösten Gesellschaft bei der neuen Gesellschaft beteiligen. Der Wert, für den die neue Gesellschaft diese Anteile erfasst, beträgt 1000 Goldmark für jede Anteile.

Das Grundkapital der bisherigen Altengesellschaft beträgt 5000 M. und war vereinbart in 5 Aktien zu je 1000 M., von denen 3 Stück dem Steinarbeiter Alwin Schuster in Schmölln und 2 Stück dem Steinmeister Gustav Heier in Schmölln gehören.

Emil May Schuster ist vor der Umwandlung der Altengesellschaft aus deren Vorstand ausgetreten.

Weiter wird bekanntgegeben:

Die Stammmittel werden dadurch geleast, dass die Gesellschafter sich mit den auf die Art einer bisherigen Gesellschaft (Bauverein Demitz) entstehenden eingeschlossenen, auf Grund der für den 1. Januar 1924 aufgestellten Bilanz errechneten Gewinnen am Vermögen dieser aufgelösten Gesellschaft bei der neuen Gesellschaft beteiligen. Der Wert, für den die neue Gesellschaft diese Anteile erfasst, beträgt 1000 Goldmark für jede Anteile.

Das Grundkapital der bisherigen Altengesellschaft beträgt 5000 M. und war vereinbart in 5 Aktien zu je 1000 M., von denen 3 Stück dem Steinarbeiter Alwin Schuster in Schmölln und 2 Stück dem Steinmeister Gustav Heier in Schmölln gehören.

Emil May Schuster ist vor der Umwandlung der Altengesellschaft aus deren Vorstand ausgetreten.

Weiter wird bekanntgegeben:

Die Stammmittel werden dadurch geleast, dass die Gesellschafter sich mit den auf die Art einer bisherigen Gesellschaft (Bauverein Demitz) entstehenden eingeschlossenen, auf Grund der für den 1. Januar 1924 aufgestellten Bilanz errechneten Gewinnen am Vermögen dieser aufgelösten Gesellschaft bei der neuen Gesellschaft beteiligen. Der Wert, für den die neue Gesellschaft diese Anteile erfasst, beträgt 1000 Goldmark für jede Anteile.

Das Grundkapital der bisherigen Altengesellschaft beträgt 5000 M. und war vereinbart in 5 Aktien zu je 1000 M., von denen 3 Stück dem Steinarbeiter Alwin Schuster in Schmölln und 2 Stück dem Steinmeister Gustav Heier in Schmölln gehören.

Emil May Schuster ist vor der Umwandlung der Altengesellschaft aus deren Vorstand ausgetreten.

Weiter wird bekanntgegeben:

Die Stammmittel werden dadurch geleast, dass die Gesellschafter sich mit den auf die Art einer bisherigen Gesellschaft (Bauverein Demitz) entstehenden eingeschlossenen, auf Grund der für den 1. Januar 1924 aufgestellten Bilanz errechneten Gewinnen am Vermögen dieser aufgelösten Gesellschaft bei der neuen Gesellschaft beteiligen. Der Wert, für den die neue Gesellschaft diese Anteile erfasst, beträgt 1000 Goldmark für jede Anteile.

Das Grundkapital der bisherigen Altengesellschaft beträgt 5000 M. und war vereinbart in 5 Aktien zu je 1000 M., von denen 3 Stück dem Steinarbeiter Alwin Schuster in Schmölln und 2 Stück dem Steinmeister Gustav Heier in Schmölln gehören.

Emil May Schuster ist vor der Umwandlung der Altengesellschaft aus deren Vorstand ausgetreten.

Weiter wird bekanntgegeben:

Die Stammmittel werden dadurch geleast, dass die Gesellschafter sich mit den auf die Art einer bisherigen Gesellschaft (Bauverein Demitz) entstehenden eingeschlossenen, auf Grund der für den 1. Januar 1924 aufgestellten Bilanz errechneten Gewinnen am Vermögen dieser aufgelösten Gesellschaft bei der neuen Gesellschaft beteiligen. Der Wert, für den die neue Gesellschaft diese Anteile erfasst, beträgt 1000 Goldmark für jede Anteile.

Das Grundkapital der bisherigen Altengesellschaft beträgt 5000 M. und war vereinbart in 5 Aktien zu je 1000 M., von denen 3 Stück dem Steinarbeiter Alwin Schuster in Schmölln und 2 Stück dem Steinmeister Gustav Heier in Schmölln gehören.

Emil May Schuster ist vor der Umwandlung der Altengesellschaft aus deren Vorstand ausgetreten.

Weiter wird bekanntgegeben:

Die Stammmittel werden dadurch geleast, dass die Gesellschafter sich mit den auf die Art einer bisherigen Gesellschaft (Bauverein Demitz) entstehenden eingeschlossenen, auf Grund der für den 1. Januar 1924 aufgestellten Bilanz errechneten Gewinnen am Vermögen dieser aufgelösten Gesellschaft bei der neuen Gesellschaft beteiligen. Der Wert, für den die neue Gesellschaft diese Anteile erfasst, beträgt 1000 Goldmark für jede Anteile.

Das Grundkapital der bisherigen Altengesellschaft beträgt 5000 M. und war vereinbart in 5 Aktien zu je 1000 M., von denen 3 Stück dem Steinarbeiter Alwin Schuster in Schmölln und 2 Stück dem Steinmeister Gustav Heier in Schmölln gehören.

Emil May Schuster ist vor der Umwandlung der Altengesellschaft aus deren Vorstand ausgetreten.

Weiter wird bekanntgegeben:

Die Stammmittel werden dadurch geleast, dass die Gesellschafter sich mit den auf die Art einer bisherigen Gesellschaft (Bauverein Demitz) entstehenden eingeschlossenen, auf Grund der für den 1. Januar 1924 aufgestellten Bilanz errechneten Gewinnen am Vermögen dieser aufgelösten Gesellschaft bei der neuen Gesellschaft beteiligen. Der Wert, für den die neue Gesellschaft diese Anteile erfasst, beträgt 1000 Goldmark für jede Anteile.

Das Grundkapital der bisherigen Altengesellschaft beträgt 5000 M. und war vereinbart in 5 Aktien zu je 1000 M., von denen 3 Stück dem Steinarbeiter Alwin Schuster in Schmölln und 2 Stück dem Steinmeister Gustav Heier in Schmölln gehören.

Emil May Schuster ist vor der Umwandlung der Altengesellschaft aus deren Vorstand ausgetreten.</p

Die Entwicklung der staatlichen Ordnungspolizei.

Von Polizeidirektor Dr. Thoering, Plauen.

Seit dem am 1. Oktober 1922 in Kraft getretenen Verstaatlichung der Ordnungspolizei in den drei Großstädten Leipzig, Chemnitz und Plauen und der Kriminalpolizei im ganzen Lande hat die Entwicklung des Polizeiwesens einen besonderen Aufschwung genommen. Auf dem Gebiete der Ordnungspolizei haben sich die Fortschritte zunächst mehr im Süden abgespielt. Die weiteren Maßnahmen getroffen werden konnten, waren die beiden sich ursprünglich fremd gegenüberstehenden verschiedenen Polizeien, in Dresden die Stadtpolizei, und in Leipzig, Chemnitz und Plauen die frühere sächsische Ordnungspolizei (nach der in Preußen getragenen Uniform blau Polizei genannt), einerseits, und die Landespolizei (genannte grüne Polizei) andererseits, zu einem einheitlichen Polizeikörper zu verschmelzen. Diese Aufgabe, die, rein äußerlich betrachtet, sehr einfach aussah, war nicht so schnell zu lösen. Das hängt damit zusammen, dass

Aufgabentrieb und Ausbildung

die beiden Polizeien zunächst ganz verschiedenartig waren. Eine nicht unerhebliche Rolle spielt dabei auch die Tatsache, dass die in Sachsen sogenannte Landespolizei (Lapo) — in Preußen nennt man sie ebenfalls Schappo-Polizei (Schupo), auch der Ausland Sicherheitspolizei (Sipo) wird in Sachsen zuweilen gebraucht — zu einem nicht unerheblichen Teile vom Staat unterhalten wird. Es war also auf die Interessen des Reichs bei der Beweinung und Ausbildung der Landespolizei mit Rücksicht zu nehmen. Dieses Zusammenwirken brachte in mühevoller Arbeit in den vier sächsischen Großstädten mit staatlichen Polizeiamtern im wesentlichen jetzt abgeschlossen sein.

Die Beantwortung der Frage, ob die Verstaatlichung der Ordnungspolizei und die mit ihr verbundene Verschmelzung der beiden verschiedenen Polizeien für die öffentliche Sicherheit von Vorteil war, kann getrost der Öffentlichkeit überlassen werden. Einen gewissen Maßstab bei Beurteilung der Angelegenheit bildet ja für den Laien die Tatsache, dass in den vier Großstädten die Begehung der Strafen durch Posten und Streifen im Verhältnis zu den ersten Nachkriegsjahren wesentlich abgenommen hat, und dass die Mannschaft und Selbstzucht der Polizeibeamten sich ganz außerordentlich gehoben haben.

Unter der Bezeichnung darf man sich nun allerdings nicht etwa eine einheitliche Ausstattung mit derselben Uniform vorstellen. Diese war gerade zunächst nicht zu erreichen, weil ja, wie bereits erwähnt, die sogenannte blaue Polizei allein vom Staat, die grüne Polizei zum großen Teile vom Staat unterhalten wird. In der äusseren Erscheinung der Polizeibeamten ist also die Verschmelzung bisher noch nicht allenfalls zum Ausdruck gekommen. Darin sollte die Weise zunächst auch gar nicht bestehen. Wohl aber wird auch in dieser Beziehung im Laufe des Jahres der letzte Schluß gezogen werden. Die Entente fordert vom Reiche die Abhöhung der von ihr als kriegsmäßig angesehenen Schärfe der grünen Polizei. Die Notwendigkeit, diesem Verlangen nachzugeben, bildet die Berechtigung dazu, die

gesamte staatliche Ordnungspolizei (also blau und grün) mit

einer einheitlichen Uniform

auszurüsten. Der Gelegenheit hat, die vier sächsischen Großstädte zu befürchten, wird bisweilen ironisch den einen oder anderen Polizeibeamten in der neuen Uniform geliefert haben. Da der Fernverkehr wird mit der Einführung der Einheitsuniform der Unterschied zwischen blauer und grüner Polizei völlig schwinden. Für die Polizei selbst wird dieses Ereignis, eben mit Rücksicht darauf, dass ihre Mittel teils vom Reiche, teils vom Staat beschafft werden, nicht dieselbe Wirkung haben. Im inneren Dienst wird man also noch längere Zeit weiter von blauer und grüner Polizei sprechen müssen.

Zu gleicher Zeit mit dem Abschlag der inneren Entwicklung traten an die Polizei neue Aufgaben heran. Die Festigung des Wirtschaftsstandes brachte eine erhebliche Steigerung des Verkehrs in den Großstädten mit sich. Dabei zeigte sich, dass die aus der Vorläufigkeit kommenden strengpolizeistischen Bestimmungen, die in den verschiedenen Großstädten, teils unter dem Namen "Verkehrsordnung" teils unter dem Namen "Straßen-Polizei-Ordnung", erlassen waren, den veränderten Verhältnissen nicht mehr ausreichend Rechnung tragen. Deshalb begann man überall sie umzuwalzen. Diese Aufgabe ist noch nicht allenfalls zum Abschluss gelangt, da sie manchmal schwierig mit sich bringt.

Die sächsischen Polizeämter sind sich natürlich, auf Grund ihrer Erfahrungen, bereits im wesentlichen darüber im Klaren, welche Neuerungen erwartet werden. Das genügt aber noch nicht. Denn jede Polizeihörde, die ihre Aufgabe ernst nimmt, wird, ehe sie denkwürdige einschneidende Reformen trifft, alle die Kreise hören, die von ihnen betroffen werden. Sie ist wieder, nach dem Gesetz über Änderungen im Polizeidienst vom 27. Juli 1921, verpflichtet, sich über solche Fragen auch mit der Gemeindeverwaltung und Einwohnern zu schulen. Alle vier staatlichen Polizeiamtler werden schließlich auch noch dabei zu erwählen haben, ob es sich nicht empfiehlt, die eine oder andere verkehrsrechtliche Frage, momentan in allen Großstädten Sachsen, einheitlich zu regeln. Unter Umständen ist damit die Entwicklung noch nicht einmal abgeschlossen. Es kann sogar in Frage kommen, dass die eine oder andere Anordnung

in allen Großstädten des Reiches

gleichzeitig getroffen wird. Dabei kann immer noch auf die Beschilderung der örtlichen Verhältnisse Rücksicht genommen werden. So wird es z. B. in den kleineren Großstädten in den nächsten Jahren sicher noch nicht notwendig sein, die für Städte mit außergewöhnlich lebhaften Verkehrs geplante Einschränkung besonderer Verkehrsabteilungen überall zu treffen, wenn auch der außerordentliche Vorteil, der in dieser Naturart besteht, nicht verkannt werden kann.

Die Anforderungen, die an den Dienst der Posten im Brennpunkt des Verkehrs (etwa an der Brücke Schloßstraße und Altmarkt in Dresden, oder

am Augustusplatz und Brühlsche Terrasse in Leipzig) gestellt werden, sind außerordentlich schwer zu bewältigen. Es dürfte ein durchschnittliches Großstädte zu befürchten, und bisweilen ironisch den einen oder anderen Polizeibeamten in der neuen Uniform geliefert haben. Da der Fernverkehr wird mit der Einführung der Einheitsuniform der Unterschied zwischen blauer und grüner Polizei völlig schwinden. Für die Polizei selbst wird dieses Ereignis, eben mit Rücksicht darauf, dass ihre Mittel teils vom Reiche, teils vom Staat beschafft werden, nicht dieselbe Wirkung haben. Im inneren Dienst wird man also noch längere Zeit weiter von blauer und grüner Polizei sprechen müssen.

auch im allgemeinen kann nicht oft genau darauf hingewiesen werden, welcher grohe Wert auf die

Ausbildung der Polizeibeamten

zu legen ist und in Tatsachen gelegt wird. Der Strafgesetzen soll ja nicht nur durch streng aufrechte Haltung und treibwütiges Auftreten den Feinden der öffentlichen Ordnung Rücksicht vor dem Staat und seinen Organen einholen, er ist vor allen Dingen auch berufen, der Friedensbewohner ein jederzeit hilfreicher Freund zu sein. Er soll sie nicht nur tatsächlich unterstützen und ihr unter Umständen Hilfe leisten, sondern soll auch jederzeit bereit sein, ihr Anklage zu erstellen. Dabei darf er den öffentlichen Verkehr niemals aus den Augen lassen. Es muss jedem Vorwürflosigkeit einräumen, was für unkonkrete Arbeit bei der Herabstufung der Polizeibeamten für diese Zwecke zu benötigen ist. Bei Unbefangenheit wird aber auch zugesehen, dass schon rechtzeitige Erfolge durch das außerordentlich ausgedehnte Unterrichtsprogramm erzielt worden sind.

Rebels Arbeit an der Person, sind aber auch Erfolge auf dem Gebiete der Ausbildung mit technischen Hilfsmitteln erzielt worden.

Die Erfahrungen des letzten Jahre hatten gelehrt, dass die Polizei noch viel beweglicher, als sie bisher war, gehalten werden möchte. Vor dem sehr häufigen Einsatz von Polizeikräften in von Standort abgelegenen Gegenden muss en ihre Kraftwagen verbraucht werden. Daher wurde bekannt, die Polizei mit Kraftwagen ausgerüstet, die mit allen technischen Neuerungen ausgestattet sind. Sie tritt daher jetzt mit Fahrzeugen an die Öffentlichkeit, deren äußeres Form das Straßenbild etwas durchaus ungemeinlich darstellt. Sie ist u. a. mit so genannten Streifenwagen ausgestattet, die eine Beförderung von 12 Beamten mit der Schnellfahrt eines gewöhnlichen Reisefahrzeuges ermöglichen. Sie ist aber weiter noch im Besitz sogenannter Schnell-Polizeikraftwagen. Diese gelassen es, etwa 30 Beamten mit nicht viel geringerer Geschwindigkeit nach entfernten Orten zu werken. Gerade die Schnell-Polizeikraftwagen werden vornehmlich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit des Stadtkreises auf sich ziehen, weil sie, im Gegenzug zu den bisher allgemein üblichen Polizeikraftwagen, nicht zwei, sondern drei Achsen haben. Jeder Fahrmann weiß zu kontrollieren, welches glänzende Zeugnis sich die deutsche Industrie durch die Herstellung reibungsloser arbeitender dreirädriger Polizeikraftwagen ausgestellt hat.

Dass den staatlichen Polizeiämtern seit ihrem Bestehen besondere Funktionen ausgeschrieben sind, darf allgemein bekannt sein. Die Fernsprechstellen sind jetzt mit allen technischen Neuerungen der Gegenwart ausgestattet. So hat Plauen bereits eine für die Eigenarten des Polizeidienstes besonders hergestellte polizei-

eigene Fernsprecheanlage erhalten. In Chemnitz ist sie in Betrieb.

Es besteht auch eine gewisse Aufsicht, doch die in anderen Großstädten, z. B. Hamburg, bereits eingeführte Einsichtnahme von selbsttätigen Alarmvorrichtungen im öffentlichen Verkehrsraume und in den privaten Geschäfts- und Wohnräumen vorgenommen wird. Sie ist allerdings noch davon abhängig, dass sich genügend Privatbesitzer finden, die Wert darauf legen, ihre Wohn- und Geschäftsräume auf ihre Kosten mit einer Einrichtung versehen zu lassen, die im Falle eines Sturms, sofortiges Erkennen eines Überfallkommandos gewährleistet.

Dresden.

* Adressbuch 1925. Die Vorabinbestellung zu das Adressbuch wird heute geschlossen. Von 1. Februar können Bestellungen nur noch zum Ladenpreis von 24 M. ausgeführt werden.

* Die Mietzinssteuer für Februar ist von den Haudegentümern in Höhe von 27 Proz. der monatlichen Friedensmiete (sowohl die Räume vom Haus, eigenmässig jenseit dem Kauf oder an andere vermietet, überlassen werden, ist der Friedensmietwert für die Berechnung maßgebend) an die für das Grundstück maßgebende höchste Steuerstufe bis zum 6. Februar abzuzahlen. Der Mieter hat den auf seine Räume entfallenden anteiligen Steuerbetrag an den Vermieter so rechtzeitig zu zahlen, dass dieser in der Lage ist, den obigen Termin einzuhalten. Mit Wirkung vom 1. Januar ab ist ein gesetzlicher Anpruch auf Belebung von der Mietzinssteuer eingeführt worden. Der Mieter, der einen Befreiungsantrag stellen will, muss sich einen Vorbruch (Urlaub) bei einer städtischen Steuerstelle beschaffen, diesen ausfüllen und ihn spätestens am 4. Februar dem Haudegentümmer oder dessen Vertreter auszuhändigen.

* Die geistliche Untermiete für die Zeit vom 1. Februar. Der monatliche Mietzins für unbewartet vermietete Räume (einfachlich Vergütung für Wahlberechtigung) wird von 66 auf 68 v. H. der monatlichen Friedensmiete erhöht. Bei leer vermieteten Räumen tritt an Stelle des bisherigen Mietzinsen von 40 v. H. ein solcher von 43 v. H. der monatlichen Friedensmiete erhöht. Bei leer vermieteten Räumen tritt an Stelle des bisherigen Mietzinsen von 40 v. H. ein solcher von 43 v. H. der monatlichen Friedensmiete mit einem Höchstschlag bis zu 25 v. H. Zur Übergabe bleiben die Bestimmungen der Raubbelastungsmauer vom 24. Oktober 1924 über die geistliche Untermiete für die Zeit vom 1. November an unberührt.

* Hundesteuer. Es war nachgeliefert, dass am 1. November 1924 fällig gewordene 2. Termine der Hundesteuer für das Rechnungsjahr 1924 (1. April 1924 bis 31. März 1925), im Betrage von 30 M. in zwei Raten mit je 15 M. am 1. November 1924 und 1. Februar 1925 für jeden Hund zu bezahlen. Soweit Vesper Pflichtpflichtiger Hunde vor der Vergünstigung der raleinweisen Zahlung Gebrauch gemacht haben, werden sie aufgefordert, die am 1. Februar fällige Rate unter Vorlegung des Steuerbelehrungsscheins an die zuständige Polizeistelle des Stadtkreises abzuzüglich. Für junge Hunde, die noch dem 9. April 1924 gehören, sind tritt die Steuerpflicht mit dem auf die Vollendung des 2. Lebensmonats folgenden Kalendermonat ein. Für im Laufe des Rechnungsjahrs (1. April 1924 bis 31. März 1925) in den Städten Dresden eingeschaffene Hunde beginnt die Steuerpflicht mit dem nächstfolgenden Tag der Einführung folgenden Kalendermonat. Zu beiden Fällen ist die Steuer binnen 14 Tagen nach Eintreten der Steuerpflicht zu entrichten und dabei das Alter des Hundes bei einzelnen Kunden am Tag der Einführung in Dresden glaubhaft nachzuweisen. Wer die Zahlung nicht innerhalb der auf den Tag der Einführung folgenden Woche leistet, hat außer

Der Arbeitsmarkt in Sachsen im Jahre 1924.

Infolge eines Verlustes beim Umbau sind einige Teile des Auftrages in der geplanten Rennzeit verschoben worden, wodurch der Sinn des Konzerts entfallen wurde. Wir geben deshalb den Schluss des Auftrages nochmals wieder. R. Red.

Die Gestaltung des Arbeitsmarktes in Sachsen in Verhältnis zum Reiche tritt auch in anderer Beziehung aufdringlich in Erscheinung. So kamen auf 1000 Einwohner im Reiche überhaupt (ohne besetzte Gebiete) und in Sachsen im besondern unterdrückte Erwerbslose an den Erwerbszöglingen im April: R. 9,7, S. 15,4, im Juli: R. 5,6, S. 10,4, im September: R. 9,7, S. 13,1, im Oktober: R. 8,0, S. 10,1, im November: S. 8,6.

Die Zahlen zeigen, dass die Erwerbslosigkeit im Industriestand Sachsen regelmässig, teilweise sehr erheblich, den Reichsdurchschnitt überschreitet. Deshalb ist die Entwicklung in Sachsen gänzlich gewesen, denn die Erwerbslosenraten sind, besonders gegen Ende des Jahres, stärker zurückgegangen, als das im Reichsdurchschnitt der Fall war.

Zu einem ähnlichen Ergebnis führt auch ein Vergleich der Ziffern der Arbeitssuchenden im Reiche allgemein und in Sachsen im besondern. Es kamen nämlich auf 100 offene Stellen Arbeitsgeuche im Monat März: R. 33, S. 34, im Juni: R. 28, S. 29, im September: R. 29, S. 27, im November: R. 29, S. 24. Während also in der ersten Hälfte des Jahres die Zahl der Arbeitssuchenden gegenüber den offenen Stellen in Sachsen höher ist als im Reiche, zeigt sich in der zweiten Jahreshälfte das umgekehrte Verhältnis. Aber auch die Möglichkeit, Arbeitssuchende in Arbeitsstellen unterzubringen, ist größer geworden, die Vermittlungsfähigkeit der öffentlichen Arbeitsaufzähle in Sachsen hat gute Fortschritte gemacht. Während noch im Januar die Vermittlung in Sachsen hinter dem Reichsdurchschnitt zurückblieb (auf 100 % beschäftigte 13 Vermittlungen im Reiche und 12 in Sachsen), wird dieser Reichsdurchschnitt in den nächsten Monaten erreicht (im März 25 und im Juni 27 Vermittlungen auf 100 Arbeitssuchende), und im zweiten

Halbjahr sogar überschritten. Es kamen auf 100 Arbeitssuchende im September: R. 28, S. 31 Vermittlungen und im November: R. 28, S. 35 Vermittlungen.

Der Arbeitsmarkt ist nicht immer einheitlich, sondern in den einzelnen Bezirken des Landes

so wohl als für die einzelnen Berufsgruppen recht unterschiedlich; je nachdem die Industrie verteilt ist, und Abhängigkeiten, schwierige Rohstoffbeschaffung, Witterungsverhältnisse und derartige den Markt beeinflussen. Die Räumlichkeiten sind unter den verschiedenen Unternehmungen, die sich in Sachsen befinden, unterschiedlich.

März	Juni	Sept.	Dezemb.	
Rundwirtschaft	203	89	86	144
Metallindustrie	532	708	562	427
Spinnstoffgewerbe	179	419	332	366
Holzgewerbe	267	803	334	416
Baugewerbe	429	165	129	724
Lohnarbeit wech.	613	462	357	451
Kaufmännische Ar.	652	967	1232	650

In den ersten Monaten des Jahres zeigt der Arbeitsmarkt für das Spinnstoffgewerbe eine starke Besserung auf, während sich auf dem Arbeitsmarkt in der Metallindustrie und dem Holzgewerbe starke Unterschiede bemerkbar machen. Die Zahlen im Juni geben die in dieser Zeit eingehenden allgemeinen Verschärfungen der Arbeitsmarktsituation wieder. Es zeigt sich, dass die günstigen Zeiten und den vorstehenden angeführten Industriegruppen erkennt, dass eine

normale Arbeitsmarktlage

noch lange nicht erreicht ist.

Den Arbeitsmarkt läßt zu beobachten, in eine dem Landeskant für Arbeitsvermehrung gelegentlich ansetzte Pflicht. Diese Pflicht hat die Zahl der Folge, je nach der Gestaltung des Arbeitsmarktes und schon wenn sich insendende Anzeichen einer Anderung bemerkbar machen vorliegende Maßnahmen zu treffen, damit den jeweiligen Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung getragen werden kann. Dazu dient für gewöhnlich die Einschränkung und Durchsetzung eines gleichen das ganze Land umfassenden Ausgleichs von Arbeitskräften und Arbeitsstätten. Politische und außerordentliche Veränderungen erfordern natürlich außerordentliche Maßnahmen. Ihre Verschärfung der Wirtschaft macht erhebliche Arbeitsmangel erneut, für deren andererseits Unterbringung, wenn nötig auch in anderen Weisen, Sorge zu tragen ist.

Bei jeder Besserung des Wirtschaftsstandes kann der Wirtschaft ausländischer Arbeiter nach dem jeweiligen Stande des Arbeitsmarktes zu beurteilen. Doch wenn dies geschieht auf dem Arbeitsmarkt vom Anfang des Jahres 1924. Nach der Zahl der Gewerbeleute zu urteilen, steht er gegenwärtig günstiger, aber bedenklich ist es, dass er auf eine Verschärfung hinweist. Die unter der Einwirkung der Witterung leidenden Arbeitnehmer haben die Beschäftigung von Facharbeiten auch angetretenen Arbeitern Beschäftigung geboten werden kann.

Verchiedene Industriezweige sind bei dem zeitweise auftretenden Mangel anheimlichen Facharbeiten auch heute noch auf ausländische Arbeitnehmer ausgewichen, ebenso die Landwirtschaft, ins-

besondere beim Hofwirtschaften. So ist denn auch die Beschäftigung ausländischer Arbeiter nach dem jeweiligen Stande des Arbeitsmarktes zu beurteilen. Doch wenn dies geschieht auf dem Arbeitsmarkt vom Anfang des Jahres 1924. Nach der Zahl der Gewerbeleute zu urteilen, steht er gegenwärtig günstiger, aber bedenklich ist es, dass er auf eine Verschärfung hinweist. Die unter der Einwirkung der Witterung leidenden Arbeitnehmer haben die Beschäftigung von Facharbeiten auch angetretenen Arbeitern Beschäftigung geboten werden kann.

Über die

nächste Gestaltung des Arbeitsmarktes

wird man nur mit der erforderlichen Zurückhaltung urteilen können. Der Arbeitsmarkt am Anfang des Jahres 1925 weist ein ganz anderes Gesicht auf als der Arbeitsmarkt vom Anfang des Jahres 1924. Nach der Zahl der Gewerbeleute zu urteilen, steht er gegenwärtig günstiger, aber bedenklich ist es, dass er auf eine Verschärfung hinweist. Die unter der Einwirkung der Witterung leidenden Arbeitnehmer haben die Beschäftigung von Facharbeiten auch angetretenen Arbeitern Beschäftigung geboten werden kann.

Verchiedene Industriezweige sind bei dem zeitweise auftretenden Mangel anheimlichen Facharbeiten auch heute noch auf ausländische Arbeitnehmer ausgewichen, ebenso die Landwirtschaft, ins-

Aus Sachsen.

Aenderung der Bevölkerungsordnung.

(N.) Die "Dresdner Nachrichten" Nr. 50 vom Freitag, den 30. Januar, haben aus dem Bericht, der Abgeordnete Schnitzel in der Sitzung des sächsischen Landtages vom 29. Januar über die Verhandlungen des Sonderausschusses für Beamtenfragen zur Aenderung der Bevölkerungsordnung und Aufhebung des Bevölkerungspflichtgesetzes erfasst hat, geschlossen, daß die Regierung auch gewillt ist, eine Prozessing-Erhöhung des Jungbeamten vorzunehmen und die Konsequenzen gegenüber der Reichsregierung zu tragen.

Diese Auslegung der Ausführungen des Abgeordneten Schnitzel ist richtig. Jedoch falls die Regierung nicht in der Lage ist, eine solche Stellung einzunehmen. Sie wird aber auf Grund des Landtagsschlußes wegen einer Erhöhung der Beamtengehälter mit der Reichsregierung ins Benehmen treten.

Gott die Rietzinsieuer Staats- oder Gemeindesteuer sein?

(N.) Über die Abgaben des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums erfahrenwissendes:

Der für den Wohnungsbau bestimmte Teil der Aufwertungssteuer wird in Sachsen als reine Gemeindesteuer erhoben und verwendet. Diese fachliche Regelung ist unter den deutschen Ländern einzigartig geblieben. In allen anderen deutschen Ländern sind die Wohnungsbaumittel entweder vollständig Staatsmittel oder doch zu einem namhaftesten Anteil dem Staat vorbehalten. Im Gegenzug dazu sind in Sachsen dem Staate überhaupt keine Mittel für die Förderung des Wohnungsbaus belassen worden; ja dem Staate ist nicht einmal das Recht vorbehalten worden, Vorschüsse über die Verwendung der Mittel zu erlassen. Jede Gemeinde verwendet ihre Mittel für sich und nach eigenem Ermeisen. Dieser Zustand hat sich als unhalbar herausgestellt. Vor allem macht er eine planvolle Bekämpfung der Wohnungsnar vollkommen unmöglich.

Die Erfüllung der Aufwertungssteuer sind im Lande außerordentlich verschieden groß und die Unterschiede in der Wohnungsnar sind noch viel größer. Gerade wo die Erräge am niedrigsten sind, etwa in neuen Arbeitervorstadtgemeinden, ist die Wohnungsnar häufig am größten. Aber auch unter den großen Gemeinden sind sehr große Unterschieden festzustellen. Chemnitz hat größere Wohnungsnar als Dresden, aber nur 10,90 M. Errage der Wohnungsbauabgabe auf den Kopf der Bevölkerung, während Dresden über 15,0 M., also um die Hälfte mehr, verfügt; das muß zur Folge haben, daß Chemnitz entweder sehr viel größere eigene Anstrengungen machen muß, die Wohnungsnar zu beheben, oder um die Hälfte längere Zeit braucht und dauernd stärker leidet als Dresden. Freital hat dieselbe Wohnungsnar wie Dresden, aber nur 6,40 M. Steuerertrag auf den Kopf der Bevölkerung. Im Gegenzug dazu können andere Landesteile, zum Teil sehr leistungsfähige, kaum noch eine Wohnungsnar oder können sie sehr früh beenden. Bleibt die gegenwärtige Regelung aufrechterhalten, so müssen sich zwangsläufig immer stärkere Unterschiede im Lande herausbilden.

Das Wohnungsbauprogramm der Regierung geht daher, in einer bestimmten Reihe von Jahren die dringendste Wohnungsnar im ganzen Lande gleichmäßig und planmäßig zu beheben. Dieses Ziel kann auf keine andere Weise erreicht werden, als dadurch, daß die für den Wohnungsbau bestimmten Teile der Aufwertungssteuer wie in anderen deutschen Ländern als Staatssteuer eingehoben werden, jedoch die leistungsfähigeren Gemeinden mit dazu beitragen, die Wohnungsnar in minder leistungsfähigen zu beheben.

Mit dieser Maßnahme ist indes keine Zentralisierung des Wohnungsbauwesens absehbar. Im Lande wird der Versuch verbreiten, daß in Zukunft über jedes Bauprojekt im Ministerium entschieden werden soll. Absehen dieser Art liegen der Regierung vollständig fern. Die Regierung selbst hat seit Jahren den Wohnungsbau planmäßig dezentralisiert und 1921 zunächst die Großstadtkräfte zuständig alle Städte mit mehr als 17.000 Einwohnern in der Verantwortung auch der Staatsmittel so völlig selbstständig gestellt, daß ihnen nicht nur die Auswahl der Baupläne, sondern auch die Ausstellung der Betriebsbescheide und die gesamte Durchführung des Verfahrens vollkommen übertragen war. Auf diesen bisher durchaus bewährten Wege bestätigte die Regierung fortwährenden mit dem Ziel, allen Bauplatzbedürfnissen eine möglichst weitgehende Selbstständigkeit und Freiheit in der Verwendung der ihnen zugesetzten Mitteln zu gewähren. Dezentralisierung des Wohnungsbauwesens ist mit planmäßiger staatlicher Wohnungsbaupolitik sehr wohl vereinbar.

Offene Stellen für Lehrer.

Sid. Lehrerstellen Volkschule zu Rems bei Wurzen. Wohnung i. Verh. m. Aussicht. Ruhig. Befähigung erwünscht. Bew. an den Bezirksschulrat Wurzen bis 15. Februar.

* Der Landesverband Sachs. Textil- und Läufenhändler, S. B., Dresden, Amalienstr. 171 II hält eine diejährige öffentliche Generalversammlung am Dienstag, 3. Februar, mittags 12 Uhr, im Bürgertheater, Neben dem allgemeinen Geschäftsausschuss und Kassenbericht sowie Wahlen ist ein Bericht des Geschäftsführers Eger über die allgemeine Lage im Viehdienst vorgesehen und außerdem soll eine Wollverarbeitung, eine Sterbefalle, gegründet werden.

* Wochendtagungen der Reichscentralstelle für Heimatdienst, Landesabteilung Sachsen. Am Sonnabend, 31. Januar und Sonntag, 1. Februar, finden auch in Chemnitz und Rochlitz kauf- und wirtschaftspolitische Vorträge im Rahmen einer Wochendtagung statt, die überall, wo sie bereits stattfinden, allgemeine Anziehung erzielen. In Chemnitz sprechen am Sonnabend nachm. 5 Uhr Prof. Dr. Schöne-Dresden über "Die Europäisierung der Erde und ihre politischen Auswirkungen in der Gegenwart", und abends 8 Uhr der Geschäftsführer Kändt-Dresden über "Deutsche Wirtschaftspolitik unter dem Einfluß der Dawesgefeige". Am Sonntag vormittag 12 Uhr behandelt

Ministerialrat Prof. Dr. Menke-Glaßert-Dresden das Thema: "Die großen Minen der inneren und äußeren Welt". Die Vorträge finden im Stadtverordnetensaal statt. Der Saal allein reicht nicht aus, um die zu erwartenden Teilnehmer zu fassen, so müssen deshalb auch die Tribünen mit benutzt werden. Die Kosten ausgabe für die Vorträge ist bereits gesperrt. In Rochlitz sprechen am Sonnabend abends 8 Uhr Ministerialrat Prof. Dr. Menke-Glaßert-Dresden und am Sonntag vormittag 10 Uhr Gewerkschaftssekretär Arndt-Dresden, "dass die Regierung auch gewillt ist, eine Prozessing-Erhöhung des Jungbeamten vorzunehmen und die Konsequenzen gegenüber der Reichsregierung zu tragen."

Diese Auslegung der Ausführungen des Abgeordneten Schnitzel ist richtig. Jedoch falls die Regierung nicht in der Lage ist, eine solche Stellung einzunehmen. Sie wird aber auf Grund des Landtagsschlußes wegen einer Erhöhung der Beamtengehälter mit der Reichsregierung ins Benehmen treten.

Gott die Rietzinsieuer Staats- oder Gemeindesteuer sein?

(N.) Über die Abgaben des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums erfahrenwissendes:

Der für den Wohnungsbau bestimmte Teil der Aufwertungssteuer wird in Sachsen als reine Gemeindesteuer erhoben und verwendet. Diese fachliche Regelung ist unter den deutschen Ländern einzigartig geblieben. In allen anderen deutschen Ländern sind die Wohnungsbaumittel entweder vollständig Staatsmittel oder doch zu einem namhaftesten Anteil dem Staat vorbehalten. Im Gegenzug dazu sind in Sachsen dem Staate überhaupt keine Mittel für die Förderung des Wohnungsbaus belassen worden; ja dem Staate ist nicht einmal das Recht vorbehalten worden, Vorschüsse über die Verwendung der Mittel zu erlassen. Jede Gemeinde verwendet ihre Mittel für sich und nach eigenem Ermeisen. Dieser Zustand hat sich als unhalbar herausgestellt. Vor allem macht er eine planvolle Bekämpfung der Wohnungsnar vollkommen unmöglich.

Die Erfüllung der Aufwertungssteuer sind im Lande außerordentlich verschieden groß und die Unterschiede in der Wohnungsnar sind noch viel größer. Gerade

wo die Erräge am niedrigsten sind, etwa in neuen Arbeitervorstadtgemeinden, ist die Wohnungsnar häufig am größten. Aber auch unter den großen Gemeinden sind sehr große Unterschieden festzustellen. Chemnitz hat größere Wohnungsnar als Dresden, aber nur 10,90 M. Errage der Wohnungsbauabgabe auf den Kopf der Bevölkerung, während Dresden über 15,0 M., also um die Hälfte mehr, verfügt;

Ein Automobil vom Zug erfaßt.

Schweidnitz, 30. Januar.

Der Wod in Wangenbrück im Herzogt. B. A., bei dem der Bauer Wessel, seine Frau und seine beiden jüngsten Kinder auf bestialische Weise ermordet wurden, ist jetzt völlig aufgelöst worden. Die in Bayreuth inhaft befindlichen ältesten Söhne Wessels haben gestern den Nord eingestanden. Sie hatten ihre Eltern und Geschwister im Schlaf mit einem Seil erstickt.

Schweres Autounfall.

Nalz a. d. Milde, 30. Januar.

Ein schweres Autounfall ereignete sich

heute nacht auf der Chaussee Meusdorf-Kalte

umwelt von Döllnitz. Der Kaufmann und Fleischabgeordnete Schröder, der den Kraftwagen

selbst führte, befand sich mit seiner Frau auf der Rückfahrt von Meusdorf nach Kalte. Der Wagen kam infolge Schlußpflege der Straße ins Schleudern und raste gegen einen Baum.

Während Schröder unverletzt blieb, wurde seine

Frau so schwer verletzt, daß sie bald darauf starb.

Einsitz einer Scheune.

2. Todessöster.

Kaiserauflauten, 30. Januar.

Beim Einsitz einer als baufällig erklärten

Scheune wurden ein Schmied und ein Land-

wirt aus Osterberg unter den Trümmern be-

troben, aus denen sie nur als Leichen po-

boten werden konnten. Verschiedene angrenzende

Wohnhäuser wurden durch den Einsitz der

Scheune in Mitleidenschaft gezogen und mussten

von den Bewohnern geräumt werden.

Tragisches Gescheit.

Berlin, 30. Januar.

Vor einiger Zeit war dem Berliner Universi-

tätsprofessor Wechsler der älteste Sohn, der

das Gymnasium besuchte, durch einen Unfall tödlich

entzogen worden. Wechsler, wobei er auf dem

Wege von einer Schülerveranstaltung von einem

Kraftwagen überfahren und getötet.

Prof. Wechsler und seine Gattin haben gestern

einen weiteren schweren Schicksalsschlag erlitten.

Als beide am Abend von einem Auszugsreise

kehrten, fanden sie ihre beiden anderen Kinder,

eine 19 Jahre alte Tochter und einen 18-jährigen

Sohn, in der Badstube tot auf.

Sie waren an Kohlenoxydgas erstickt. Nach

Eröffnung der Kriminalpolizei liegt grobe An-

schuld eines Insolventen vor, der vorgesehen

war, Bodeosen eine Reparatur vorgenommen hatte.

Land- u. Forstwirtschaft.

Hauptversammlung des Sächsischen

Landbundes.

Den Abschluß der Landwirtschaftlichen Woche

in Dresden bildete die Hauptversammlung des

Sächsischen Landbundes am Freitag im Kur-

haus Sachsen.

Am Sonntag, 1. Februar, mittags 12 Uhr, und

abends 8 Uhr, und am Montag, 2. Februar, morgens 10 Uhr, und abends 8 Uhr, fand die

verschiedene Versammlungen statt.

Gewerbeverein.

Montag, 2. Februar, abends 7½ Uhr

Gewerbeverein.

Montag, 2. Februar, abends 7½ Uhr